



Rechtsprechungsübersicht aktuell

Ausgabe März 2017

Inhaltsübersicht

Zivilsenate

1. 9 U 19/15 **Urteil vom 18.10.2016**
Unzulässiges Teilurteil
2. 9 U 38/15 **Urteil vom 28.06.2016**
Abfindungsvergleich, Nichtigkeit
3. 9 U 68/15 **Urteil vom 11.10.2016**
Prozessfähigkeit, Hemmung der Verjährung, Nichtbetreiben
4. 9 U 9/16 **Urteil vom 25.10.2016**
Zustellung im Ausland
5. 9 U 22/16 **Urteil vom 17.01.2017**
Vorfahrt, Unaufmerksamkeit, Haftungsabwägung
6. 9 U 138/16 **Urteil vom 22.12.2016**
Fußballspiel, Regelverletzung, Foulspiel, Beweismwürdigung
7. 15 W 590/15 **Beschluss vom 21.12.2016**
Eintragungsfähigkeit von Einzelbestimmungen einer Gemeinschaftsordnung von Wohnungseigentümern
8. 16 W (Baul) 1/16 **Beschluss vom 19.01.2017**
Baulandsachen, Umlegungsverfahren, vorzeitige Besitzeinweisung, Aussetzung der sofortigen Vollziehung
9. 18 U 94/16 **Urteil vom 30.01.2017**
Verjährung, Anspruch auf Buchauszug
10. 25 W 365/16 **Beschluss vom 29.12.2016**
Zeugenentschädigung, Verdienstausfall, Dauer der Heranziehung

11. 30 U 107/16 **Urteil vom 11.01.2017**
Darlehen, Internationale Zuständigkeit, Auszahlungsort
12. 32 SA 76/16 **Beschluss vom 09.01.2017**
Zuständigkeitsbestimmung, Gerichtsstand des Erfüllungs-
ortes, Verweisungsbeschluss, Verbindlichkeit
13. 32 SA 79/16 **Beschluss vom 06.01.2017**
Zuständigkeitsbestimmung, Verweisungsbeschluss,
Verbindlichkeit, rechtliches Gehör

Strafsenate

1. 4 RVs 159/16 **Beschluss vom 31.01.2017**
Hindernis, verkehrsfremder Inneneingriff, Beifahrer als
Täter, lebensgefährdende Behandlung, Radfahrer
2. 4 RBs 7/17 **Beschluss vom 24.01.2017**
Revision, Rechtsbeschwerde, Verfahrensrüge,
Beweisantrag, Ablehnung, Vortrag, Rügevorbringen
3. 4 RBs 11/17 **Beschluss vom 24.01.2017**
Rechtsbeschwerde, standardisiertes Messverfahren,
Geschwindigkeitsüberschreitung, Fehlerquelle,
Toleranzabzug
4. 4 Ws 372/16 **Beschluss vom 12.01.2017**
Unterbringung in einer Entziehungsanstalt, Erledigung,
Anordnung des Vollzugs der Strafe

Anwaltsgerichtshof

1. 1 AGH 34/16 **Urteil vom 28.10.2016**
Versicherungsunternehmen, Mitarbeiterin in den
Bereichen Firmenschadenersatz und Betriebshaftpflicht,
Syndikusrechtsanwältin
2. 1 AGH 41/16 **Beschluss vom 10.02.2017**
Erledigung, Rechtsstreit, Zulassung, Syndikusrechts-
anwalt
3. 1 AGH 44/15 **Urteil vom 28.10.2016**
Befreiung von der Kanzleipflicht, Widerruf, Zustellungs-
bevollmächtigter
4. 1 AGH 56/16 **Urteil vom 16.12.2016**
Syndikusrechtsanwalt

Zivilsenate

zu 1: 9 U 19/15 **Urteil vom 18.10.2016**
Unzulässiges Teilurteil

Der Erlass eines Feststellungsausspruchs ist einem Grundurteil nicht zugänglich.

zu 2: 9 U 38/15 **Urteil vom 28.06.2016**
Abfindungsvergleich, Nichtigkeit

Geltendmachung der Nichtigkeit eines Abfindungsvergleichs durch das Unfallopfer.

zu 3: 9 U 68/15 Urteil vom 11.10.2016
Prozessfähigkeit, Hemmung der Verjährung, Nichtbetreiben

1.
Das Prozessgericht darf die Prozessfähigkeit einer Partei, für die ein gesetzlicher Vertreter nicht bestellt ist, grundsätzlich nur feststellen oder als nicht feststellbar ansehen, wenn es die Partei zuvor persönlich anhört.
2.
Vom Gericht zu verantwortende Verzögerungen stehen der Annahme des Nichtbetreibens eines Verfahrens entgegen.

zu 4: 9 U 9/16 Urteil vom 25.10.2016
Zustellung im Ausland

Nachweis ordnungsgemäßer Zustellung im Ausland.

zu 5: 9 U 22/16 Urteil vom 17.01.2017
Vorfahrt, Unaufmerksamkeit, Haftungsabwägung

1.
Bestimmung des Vorfahrtsbereichs im nicht beschilderten Rondell.
2.
Schutzzweck des Rechtsfahrgebotes nach § 2 Abs. 2 StVO.
3.
Haftungsabwägung zwischen Vorfahrtsverstoß des Radfahrers und Unaufmerksamkeit des bevorrechtigten Kraftfahrers (hier 60 % zu Lasten des Radfahrers).

zu 6: 9 U 138/16 Urteil vom 22.12.2016
Fußballspiel, Regelverletzung, Foulspiel, Beweiswürdigung

1.
Bei Wettkämpfen mit beachtlichem Gefahrenpotential wie dem Fußballspiel, bei denen typischerweise auch bei Einhaltung der Regeln oder geringfügigen Regelverletzungen die Gefahr gegenseitiger Schädigung besteht, ist davon auszugehen, dass jeder Teilnehmer diejenigen Verletzungen selbst mit schweren Folgen in Kauf nimmt, die bei Ausübung nach den anerkannten Regeln der jeweiligen Sportart nicht zu vermeiden sind.
2.
Angriffe gegen die Beweiswürdigung des Ausgangsgerichts.

zu 7: 15 W 590/15 Beschluss vom 21.12.2016
Eintragungsfähigkeit von Einzelbestimmungen einer Gemeinschaftsordnung von Wohnungseigentümern

Zur Eintragungsfähigkeit von Bestimmungen der Gemeinschaftsordnung über

- a. die Ermächtigung des Ehegatten bzw. eingetragenen Lebenspartners zur Wahrnehmung der Rechte aus dem Wohnungseigentum,
- b. die Wirksamkeit von Zustellungen an die dem Verwalter zuletzt mitgeteilte Anschrift,
- c. die Ermächtigung des bisherigen Wohnungseigentümers zur Wahrnehmung der Rechte bis zum Nachweis des Eigentumswechsels durch öffentliche Urkunden,
- d. die Bevollmächtigung des Verwalters zum Erwerb von Wohnungs- bzw. Teileigentum innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft.

**zu 8: 16 W (Baul) 1/16 Beschluss vom 19.01.2017
Baulandsachen, Umlegungsverfahren, vorzeitige Besitzeinweisung,
Aussetzung der sofortigen Vollziehung**

Zum Antrag auf Aussetzung der sofortigen Vollziehung der vorzeitigen Besitzeinweisung in Baulandsachen (Umlegungsverfahren).

**zu 9: 18 U 94/16 Urteil vom 30.01.2017
Verjährung, Anspruch auf Buchauszug**

- 1. Der Buchauszugsanspruch nach § 87c Abs. 2 HGB entsteht in der für den Verjährungsbeginn gemäß § 199 Abs. 1 Nr. 1 BGB maßgeblichen Weise mit der Abrechnung der Provisionen (wie BGH, Urteil vom 8. Juli 2008, Az. XI ZR 230/07).
- 2. Ist eine Abrechnung – wie es regelmäßig der Fall ist – für einen Abrechnungszeitraum als abschließend zu werten, wird der Buchauszugsanspruch betreffend alle in den Buchauszug aufzunehmenden Geschäfte aus dem Abrechnungszeitraum fällig (wie OLG Stuttgart, Urteil vom 17. Februar 2016, Az. 3 U 118/15).
- 3. Die subjektiven Voraussetzungen der kenntnisabhängigen Verjährung, § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB, beziehen sich auf den Buchauszugsanspruch als Kontrollrecht selbst und nicht auf den zugrundeliegenden Provisionsanspruch.

**zu 10: 25 W 365/16 Beschluss vom 29.12.2016
Zeugenentschädigung, Verdienstausschluss, Dauer der Heranziehung**

Zur Dauer der Heranziehung i.S.v. § 19 Abs. 2 JVEG gehört die gesamte aufgewendete Zeit und damit im Falle von Verdienstausschluss auch derjenige, der entsteht, weil der Zeuge vor und/oder nach dem Termin seiner beruflichen Tätigkeit nicht nachgehen kann.

**zu 11: 30 U 107/16 Urteil vom 11.01.2017
Darlehen, Internationale Zuständigkeit, Auszahlungsort**

Zur Internationalen Zuständigkeit bei Auszahlung eines Darlehens zum Teil auf ein inländisches und im Übrigen auf ein ausländisches Bankkonto.

zu 12: 32 SA 76/16 Beschluss vom 09.01.2017
Zuständigkeitsbestimmung, Gerichtsstand des Erfüllungsortes, Verweisungsbeschluss, Verbindlichkeit

Ein Verweisungsbeschluss kann nicht bindend sein, wenn das verweisende Gericht den besonderen Gerichtsstand des Erfüllungsortes gemäß § 29 ZPO mit einer nicht nachvollziehbaren Begründung zu Unrecht verneint und sich mit sachlich zutreffenden Gegenargumenten der klagenden Partei nicht auseinandersetzt.

zu 13: 32 SA 79/16 Beschluss vom 06.01.2017
Zuständigkeitsbestimmung, Verweisungsbeschluss, Verbindlichkeit, rechtliches Gehör

Die Begründung der Zuständigkeit eines Landgerichts gemäß § 506 Abs. 1 ZPO ist im Gerichtsstandbestimmungsverfahren zu beachten, auch wenn der auf der Grundlage dieser Vorschrift vom Amtsgericht erlassene Verweisungsbeschluss ausnahmsweise nicht bindend ist, weil den Parteien kein rechtliches Gehör gewährt wurde.

Strafsenate

zu 1: 4 RVs 159/16 Beschluss vom 31.01.2017
Hindernis, verkehrsfremder Inneneingriff, Beifahrer als Täter, lebensgefährdende Behandlung, Radfahrer

1.
Täter i.S.v. § 315 b Abs. 1 StGB kann jeder - auch der Beifahrer - sein, der das tatbestandsmäßige Geschehen im Sinne der Nummern 1 bis 3 beherrscht. Dies gilt auch im Fall des sogenannten verkehrsfremden Inneneingriffs.

2.
Das plötzliche Öffnen der Beifahrertür eines fahrenden Pkws, um einen neben dem Fahrzeug befindlichen Radfahrer „auffahren“ zu lassen bzw. zu einem riskanten Ausweichmanöver zu zwingen, kann eine das Leben gefährdenden Behandlung i.S.d. § 224 Abs. 1 Nr. 5 StGB auch dann darstellen, wenn der Körperverletzungserfolg erst durch das Ausweichmanöver eintritt und es nicht zu einer unmittelbaren Berührung zwischen Fahrzeugtür und Radfahrer kommt.

zu 2: 4 RBs 7/17 Beschluss vom 24.01.2017
Revision, Rechtsbeschwerde, Verfahrensrüge, Beweisantrag, Ablehnung, Vortrag, Rügevorbringen

Wird eine Verfahrensrüge auf eine rechtsfehlerhafte Behandlung eines Beweisantrages gestützt, so muss sich aus dem Rügevorbringen ergeben, dass der entsprechende Beweisantrag in der Hauptverhandlung gestellt wurde (und nicht etwa nur schriftsätzlich vor der Hauptverhandlung).

zu 3: 4 RBs 11/17 Beschluss vom 24.01.2017
**Rechtsbeschwerde, standardisiertes Messverfahren, Geschwindigkeits-
überschreitung, Fehlerquelle, Toleranzabzug**

Die Behauptung, dass es bei einem bestimmten Messverfahren zu Messungenauigkeiten von „bis zu 2 km/h“ kommen könne, bietet jedenfalls dann dem Tatgericht keinen für die Rechtsbeschwerde relevanten konkreten Anhaltspunkt für eine erörterungsbedürftige Fehlerquelle der Messung, wenn die behauptete Messungenauigkeit weniger als der vorgenommene Toleranzabzug beträgt und die Fehlerquelle von Seiten des Betroffenen behauptet wurde.

zu 4: 4 Ws 372/16 Beschluss vom 12.01.2017
**Unterbringung in einer Entziehungsanstalt, Erledigung, Anordnung des
Vollzugs der Strafe**

1.

Ein Beschluss der Strafvollstreckungskammer, dass die Maßregel fort dauere, beinhaltet der Sache nach – neben der Entscheidung über die Frage der Erledigung - zugleich die Entscheidung, dem Probanden die Vollstreckung der Reststrafe nicht zur Bewährung auszusetzen.

2.

Wird die Maßregel (hier: der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt) nach § 67d Abs. 5 StGB für erledigt erklärt, so ist eine Anordnung nach § 67 Abs. 5 S. 2 StGB zu treffen, wenn eine nicht zur Bewährung ausgesetzte, mit der Maßregel verhängte, (Rest-)Strafe im Strafvollzug verbüßt werden soll. Bei der Regelung des § 67 Abs. 5 Satz 2 Halbsatz 2 StGB handelt es sich um eine Vorschrift, die die Art des Vollzuges, nicht hingegen den Rechtscharakter desselben betrifft.

Anwaltsgerichtshof

zu 1: 1 AGH 34/16 Urteil vom 28.10.2016
**Versicherungsunternehmen, Mitarbeiterin in den Bereichen
Firmenschadenersatz und Betriebshaftpflicht, Syndikusrechtsanwältin**

Eine in den für Firmenschadenersatz und Betriebshaftpflicht zuständigen Bereichen eines Versicherungsunternehmens tätige Volljuristin kann als Syndikusrechtsanwältin zuzulassen sein.

zu 2: 1 AGH 41/16 Beschluss vom 10.02.2017
Erledigung, Rechtsstreit, Zulassung, Syndikusrechtsanwalt

Zur Kostenentscheidung nach erledigtem Streit zwischen Rentenversicherung und Rechtsanwaltskammer über die Zulassung eines Syndikusrechtsanwalts.

zu 3: 1 AGH 44/15 Urteil vom 28.10.2016
Befreiung von der Kanzleipflicht, Widerruf, Zustellungsbevollmächtigter

Eine Rechtsanwaltskammer kann die gemäß § 29 a Abs. 2 S. 1 BRAO erteilte Befreiung eines Kammermitglieds von der Pflicht, in ihrem Bezirk eine Kanzlei zu

unterhalten, widerrufen, wenn der befreite Rechtsanwalt entgegen § 30 Abs. 1 BRAO keinen Zustellungsbevollmächtigten bestellt.

**zu 4: 1 AGH 56/16 Urteil vom 16.12.2016
Syndikusrechtsanwalt**

Ein als Syndikusrechtsanwalt bei einem Rückdeckungsverband deutscher Versicherer angestellter Volljurist kann auch als Syndikusrechtsanwalt zuzulassen sein.

Hinweis:

- ❖ Die Rechtsprechungsübersicht aktuell finden Sie ebenfalls im Bezirks-Infodienst unter "OLG Hamm/Dezernat 8/Informationen".
- ❖ Die in der Übersicht genannten Entscheidungen stehen Ihnen in der Rechtsprechungsdatenbank (**NRW**Entscheidungen) der Gerichte in Nordrhein-Westfalen im Volltext zur Verfügung.
- ❖ Die Datenbank im NRW-Justizportal ist auch direkt über die Adresse www.nrwe.de erreichbar.

Herausgegeben von der Pressestelle des Oberlandesgerichts Hamm, 59061 Hamm
verantwortlich: Vorsitzender Richter am OLG Christian Nubbemeyer, Pressesprecher
☎ 02381 272-4925 * 📠 02381 272-528 * e-mail pressestelle@olg-hamm.nrw.de
www.olg-hamm.nrw.de